

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 57, 2011

1. Artikel: Wenn die Stunde der Lobbyisten schlägt (09.06.2011)

Politische Entscheidungsprozesse, nicht nur im energiewirtschaftlichen Bereich, sind durch die Einbindung und Einflussnahme verschiedener Interessenvertreter charakterisiert. Der Artikel liefert aus aktuellem Anlass einen Einblick in die Lobbyarbeit im energiepolitischen Kontext.

➤ Verortung v. a. im Themenbereich „**Energiepolitik**“

1. *Erklären Sie, was im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse generell unter Lobbyarbeit verstanden wird. Ermitteln Sie hierbei auch die Herkunft des Begriffes.*
2. *Fassen Sie wesentliche Fakten bzgl. des Lobbyismus im energiepolitischen Bereich zusammen. Ermitteln Sie Zahlen und beschreiben Sie wesentliche Formen der Lobbyarbeit.*
3. *Setzen Sie sich mit den Zielen und Wirkungen der Tätigkeiten von Interessenvertretern auseinander. Überprüfen Sie, wovon deren Einflussmöglichkeiten bestimmt werden.*
4. *Diskutieren Sie zulässige Grenzen der Einflussnahme. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

2. Artikel: Atomausstieg: EU sieht Klimaziele nicht in Gefahr (09.06.2011)

Im Rahmen der Diskussion um den beschlossenen Atomausstieg in Deutschland kommt immer wieder auch die Frage auf, wie sich diese Entscheidung auf die in der Europäischen Union (EU) festgelegten Ziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen auswirken könnte. Die Europäische Kommission sieht diese derzeit nicht in Gefahr, wie der Artikel zusammenfasst.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Umweltschutz**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Nennen Sie die Ziele der Europäischen Union (EU) bzgl. der zukünftigen CO₂-Reduzierung. Vergleichen Sie diese mit den Zielsetzungen der Bundesregierung.*
2. *Erläutern Sie die Beziehung zwischen den genannten umweltpolitischen Zielen und dem Atomausstiegsbeschluss. Verdeutlichen Sie hierbei insbesondere die Befürchtungen von Ausstiegskritikern.*
3. *Fassen Sie die Einschätzungen der Europäischen Kommission bzgl. der Einhaltung der Klimaziele durch die Bundesrepublik Deutschland zusammen. Geben Sie die wesentlichen Begründungen wieder.*

3. Artikel: BP steht vor Comeback im Golf von Mexiko (09.06.2011)

Knapp 15 Monate nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko plant der britische Konzern BP die Wiederaufnahme der Arbeit auf seinen zehn Ölförderplattformen vor der Ostküste der USA. Bei Einhaltung der strengeren Sicherheitsvorschriften gilt die Genehmigung von staatlicher Seite als sicher.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Umweltschutz“**

1. *Ermitteln Sie die Ursachen und Folgen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010. Legen Sie hierbei die Verantwortung des britischen BP-Konzerns dar.*
2. *Fassen Sie die aktuellen Pläne des Unternehmens zusammen. Arbeiten Sie heraus, inwieweit sich die Handlungsbedingungen für das Unternehmen in den letzten 15 Monaten verändert haben.*
3. *Erläutern Sie die Gründe dafür, dass die US-Regierung Tiefseebohrungen vor der Küste wieder erlaubt.*
4. *Setzen Sie sich mit dem zu erkennenden Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen auseinander. Diskutieren Sie, inwieweit Sie eine Wiederaufnahme der Bohrungen für angemessen halten. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

4. Artikel: OPEC verweigert höhere Ölförderung (09.06.2011)**5. Artikel: OPEC kündigt doch höhere Ölförderung an (10.06.2011)****6. Artikel/Grafik: Die Aussicht auf billigeres Öl ist nur gering (16.06.2011)**

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) umfasst zwölf Mitgliedstaaten, die über ca. ein Drittel der weltweiten Erdölreserven verfügen. Ihre Absprachen bzgl. Fördermengen haben Einfluss auf die Entwicklung der weltweiten Marktpreise. Aktuell können sich die Mitgliedstaaten jedoch nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“ und „Perspektiven der Weltenergieversorgung“

1. *Ermitteln Sie wesentliche Informationen zur Zusammensetzung, Zielrichtung und Vorgehensweise der Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC). Legen Sie dar, welchen Einfluss die OPEC im weltweiten Ölmarkt hat.*
2. *Erklären Sie, was generell unter einem Kartell verstanden wird. Überprüfen Sie, inwieweit es sich bei der OPEC um ein solches handelt und begründen Sie Ihre Einschätzung.*
3. *Fassen Sie den aktuellen Streit innerhalb der OPEC zusammen. Arbeiten Sie dessen Folgen für die Organisation und den weltweiten Handel heraus.*
4. *Geben Sie die Prognosen bzgl. der weiteren Entwicklung des Ölpreises wieder. Benennen Sie alle in diesem Zusammenhang wirksamen Einflussfaktoren.*

7. Artikel/Karikatur/Grafiken: Superstars a. D. (10.06.2011)

Die großen deutschen Energieversorger und Kraftwerksbetreiber zählen zu den Verlierern des Atomausstiegs. Entsprechend fallen die Börsenkurse der Unternehmen und geraten die Vorstandsvorsitzenden von RWE und Eon zunehmend in die Kritik. Der Hauptvorwurf lautet dabei, dass die bisherigen Strategien die Veränderungen des Energiemix zu wenig berücksichtigt hätten und somit die jetzige politische Entscheidung die Zukunftsfähigkeit der Konzerne gefährde.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Wertschöpfung“ und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“

1. *Analysieren Sie, inwieweit die großen deutschen Energieversorger als Verlierer des Atomausstiegs bezeichnet werden können. Belegen Sie Ihre Ausführungen anhand von Zahlen.*

2. *Beschreiben Sie, inwieweit sich Rahmenbedingungen für die Unternehmen Eon und RWE grundlegend verändern. Erläutern Sie die hieraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten für die Unternehmensführungen.*
3. *Legen Sie dar, welche Rolle der juristische Widerstand gegen die politischen Entscheidungen in den Überlegungen der Unternehmensvorstände spielt. Analysieren Sie in diesem Zusammenhang die angehängte Karikatur und erschließen Sie deren zentrale Aussage.*
4. *Setzen Sie sich mit der Kritik von Aktionären u. a. an der bisherigen Strategie der Vorstandsvorsitzenden von RWE und Eon auseinander. Erörtern Sie die in diesem Zusammenhang formulierte Kritik an den Unternehmensstrategien.*

8. Interview: J. Trittin: „Die Regierung versagt“ (14.06.2011)

Zu den politischen Gewinnern der aktuellen energiepolitischen Auseinandersetzungen ist die Partei der Grünen zu zählen. Im vorliegenden Interview stellt deren Fraktionschef Jürgen Trittin die Parteipositionen in Bezug auf den Atomausstieg und die im Rahmen der Energiewende notwendigen Schritte dar.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Bestimmen Sie die generelle Position der Partei Die Grünen in der Diskussion um den Atomausstieg. Nehmen Sie hierbei auch Bezug auf die Entstehungsgeschichte der Partei.*
2. *Überprüfen Sie, inwiefern die Partei derzeit von den energiepolitischen Entwicklungen profitiert. Belegen Sie Ihre Einschätzungen.*
3. *Fassen Sie die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin bzgl. des von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstiegs zusammen. Ermitteln Sie, inwieweit Übereinstimmung bzw. unterschiedliche Einschätzungen zu verzeichnen sind.*
4. *Arbeiten Sie weiterhin heraus, welche Schritte die Partei im Zuge der Energiewende für unabdingbar erachtet. Analysieren Sie ebenfalls die hier zwischen Opposition und Regierungslager auftretenden Konfliktlinien.*
5. *Diskutieren Sie, inwiefern eine einfache Zustimmung zu den Regierungsplänen parteitaktischen Zielen entgegenstehen könnte. Erörtern Sie in diesem Zusammenhang denkbare Kosten-Nutzen-Kalkulationen, beispielsweise hinsichtlich zukünftiger Wahlen.*

9. Artikel: Energieforschung – das Wichtigste zuerst (15.06.2011)

Im Zuge der aktuellen energiepolitischen Debatten rückt auch der Bereich der Energieforschung wieder stärker in den Fokus der öffentlichen und politischen Diskussion. Um sicherzustellen, dass hierbei eine notwendige Priorisierung von Vorhaben erfolgt, hat die Stromwirtschaft einen Empfehlungskatalog vorgestellt, der verdeutlicht, welche Anstrengungen aus ihrer Sicht als erstes zu erfolgen haben.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Beschreiben Sie in eigenen Worten, was unter dem Bereich der Energieforschung verstanden wird. Ermitteln Sie hierbei die aktuell relevanten Forschungsfelder.*
2. *Legen Sie dar, wie sich die staatliche Förderung der Energieforschung in den letzten Jahren verändert hat. Stellen Sie Prognosen hinsichtlich der kommenden Jahre auf und begründen Sie diese.*
3. *Fassen Sie die Eckpunkte der Empfehlungsliste des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) bzgl. notwendiger Schwerpunktsetzungen zusammen. Erläutern Sie die wesentlichen Auswahlkriterien bei der Bestimmung der Liste.*
4. *Erklären Sie, was unter dem „Gießkannenprinzip“ verstanden wird und inwieweit es gelten sollte, dieses im genannten Bereich zu vermeiden.*

10. Artikel: Kaltreserve: Ein Atomkraftwerk auf Abruf käme die Verbraucher teuer zu stehen (15.06.2011)

Der Atomausstiegsbeschluss der Bundesregierung beinhaltet auch den Plan, ein Atomkraftwerk bis 2013 als Reserve im Hintergrund zu halten und bei kurzfristig auftretenden Versorgungsengpässen anzufahren. Aufgrund technischer Schwierigkeiten sowie der entstehenden Kosten stößt diese Idee jedoch bei der Opposition, Experten und den Betreibern der Kraftwerke auf Zweifel und Kritik.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Geben Sie die Pläne der Bundesregierung bzgl. einer atomaren „Kaltreserve“ bis 2013 wieder. Benennen Sie die wesentlichen hiermit verfolgten Ziele.*
2. *Ermitteln Sie die hierdurch entstehenden Kosten. Legen Sie dar, von wem diese getragen werden sollen.*

3. *Fassen Sie die Zweifel und vorgebrachte Kritik von Opposition, Experten und Kraftwerksbetreibern an den Plänen der Bundesregierung zusammen. Erläutern Sie deren zentrale Argumente.*
4. *Diskutieren Sie, welche politischen Überlegungen - trotz technischer Schwierigkeiten - hinter der Idee der „Kaltreserve“ vermutet werden können. Begründen Sie Ihre Meinung.*

11. Artikel: Billigstromanbieter Teldafax reicht Insolvenzantrag ein (15.06.2011)

12. Artikel: Tatenlos zugeschaut

Nach einer längeren Zeit der geschäftlichen Probleme meldet der Billigstromanbieter Teldafax nun Insolvenz an. Für die Kunden bedeutet dies u. a., dass in Vorkasse geleistete Zahlungen verloren gehen könnten. Die Kritik von Beobachtern richtet sich dabei nicht nur an die Manager des Unternehmens, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt, sondern auch an staatliche Kontrollbehörden, Netzbetreiber und den Werbepartner Bayer 04 Leverkusen, die nicht frühzeitig Konsequenzen gezogen hätten.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“, „Wertschöpfung“ und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“

1. *Fassen Sie den Stand im Fall Teldafax zusammen. Ermitteln Sie hierbei auch die Folgen für die bisherigen Kunden.*
2. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit staatliche Behörden im vorliegenden Fall in die Kritik geraten. Benennen Sie hierbei die entsprechenden Institutionen und geben Sie die Kritik von Beobachtern an deren Vorgehensweisen wieder.*
3. *Erläutern Sie, inwieweit auch den Netzbetreibern Vorwürfe gemacht werden. Geben Sie in diesem Zusammenhang deren Äußerungen wieder.*
4. *Analysieren Sie darüber hinaus das Verhalten des Werbepartners Bayer 04 Leverkusen in den letzten Monaten. Setzen Sie sich mit der Frage auseinander, inwieweit den Vereinsverantwortlichen ebenfalls Vorwürfe gemacht werden können.*
5. *Überprüfen Sie, welche Konsequenzen Stromkunden aus dem Fall Teldafax ziehen sollten. Stellen Sie wesentliche Aspekte zusammen, die bei der Wahl eines neuen Stromanbieters berücksichtigt werden sollten.*

13. Artikel: Netzausbau vor Naturschutz (17.06.2011)

Der Ausbau der Netzinfrastruktur stellt eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Energiemix dar. Allerdings stoßen entsprechende Projekte immer wieder auf den Widerstand in den Regionen und verzögern komplizierte Genehmigungsverfahren deren Realisierung. Deshalb haben sich Bund und Länder auf veränderte Verfahrensweisen geeinigt, die in Zukunft die Bauvorhaben beschleunigen sollen.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“ und „Umweltschutz“

1. *Erläutern Sie, inwiefern der Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Land von einer zügigen Erweiterung der Netzstrukturen abhängt. Ermitteln Sie hierzu relevante Zahlen.*
2. *Legen Sie die Probleme und Hürden dar, die immer wieder zu Verzögerungen der entsprechenden Bauvorhaben führen. Benennen Sie dabei die hierfür im Wesentlichen verantwortlichen Akteure.*
3. *Fassen Sie die aktuellen Beschlüsse von Bund und Ländern zusammen. Geben Sie deren Zielsetzungen wieder.*
4. *Setzen Sie sich - vor dem Hintergrund der aktuellen energiepolitischen Debatten - mit der Notwendigkeit engerer Abstimmungen zwischen den unterschiedlichen Entscheidungsebenen auseinander. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

Wenn die Stunde der Lobbyisten schlägt

Das Bundeskabinett hat die Energiewende beschlossen. Doch ehe das Parlament zustimmt, werden sich an den Beschlüssen noch etliche Details ändern. Dafür sorgen die vielen Lobbyisten der Energiekonzerne und Verbände, die jetzt Hochsaison haben.

Für Jürgen Großmann gibt es im Moment nicht viel zu feiern. Der RWE-Vorstandschef gehört zu den Verlierern der energiepolitischen Kehrtwende der Bundesregierung. Seinen Unmut über das abrupte Ende der Atomkraft in Deutschland hat der Manager erst zu Beginn der Woche in einem Brief an die Kanzlerin kundgetan. Dennoch lässt Großmann sich nicht die Stimmung vermiesen. Heute Abend lädt er zum RWE-Sommerfest ins „Haus der Kulturen der Welt“ im Berliner Tiergarten. Das Haus hieß früher einmal „Kongresshalle“, die Berliner nennen es noch heute „Schwangere Auster“. Vom Kanzleramt ist das Gebäude nur durch die Spree getrennt. Angela Merkel könnte bei geöffnetem Bürofenster die Musik vom RWE-Empfang hören. Die Feier im Schatten des Berliner Machtzentrums soll Gelegenheit bieten, „für einen Abend abzutauchen aus dem politischen und beruflichen Alltag“, schreibt Großmann in seiner Einladung. In der Praxis wird das anders aussehen. Gezielt bringt der Konzernchef Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre mit Vertretern seines Unternehmens und der Energieverbände zusammen. In der entspannten Atmosphäre eines Sommerfestes lässt sich vielleicht noch das eine oder andere Detail klären. Zumindest kann man noch ein weiteres Gespräch im Büro der Abgeordneten vereinbaren, um die allerschlimmsten Formulierungen in den Atomausstiegsgesetzen noch einmal zu diskutieren. Weil das Energiepaket in großer Eile zusammengestellt wurde und die Anhörungsfristen für die Verbände extrem knapp bemessen waren, besteht aus Sicht der Unternehmen und Verbände an vielen Stellen Nachbesserungsbedarf.

Großmanns Kollege Hans-Peter Villis gibt ebenfalls nicht auf. Der von ihm geführte Energiekonzern EnBW hat bereits am Dienstagabend die wichtigsten Politiker und Ministerialbeamten eingeladen. Auf dem Dach der Berliner EnBW-Repräsentanz am Schiffbauerdamm tummelt sich der politische Teil der deutschen Energieszene bei Grillspießen und Hamburgern. Weiße Couch-Ecken auf der lauschigen Dachterrasse bieten Rückzugsmöglichkeiten für kurze, aber vertrauliche Gespräche. Staatssekretäre aus dem Wirtschaftsministerium, Abteilungsleiter aus dem Umweltressort, die energiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen und die Chef-Lobbyisten der Energiekonzerne – alle reden sehr offen darüber, „ob noch etwas geht“, wie ein Unternehmensvertreter sagt. „Oder zumindest, ob man das Schlimmste etwas lindern kann.“ Gelacht wird auch bei diesen Runden, aber die Anspannung ist den Interessenvertretern anzumerken. Mittendrin steht Konzernchef Villis, der unerschütterlich gute Laune demonstriert, aber längst entschlossen ist, der Politik der Kanzlerin die Stirn zu bieten. Obwohl das von einer grün-roten Koalition regierte Land Baden-Württemberg der größte Anteilseigner von EnBW ist, will Villis sich beim Thema Atomausstieg nicht alles gefallen lassen. Zwar sei das Ende der Kernkraft ein politischer Beschluss, den auch die Unternehmen zu akzeptieren hätten, sagt Villis. Dass die Bundesregierung aber den gebeutelten Atomkonzernen die Meiler dicht macht und ihnen gleichzeitig noch eine milliarden schwere Brennelementesteuer abknöpft, ist dann doch des Guten zu viel. EnBW hat sich entschieden, dagegen zu klagen.

Ob auf dem RWE-Sommerfest, der Dachgartenparty von EnBW oder bei einem festlichen Abendessen von Vattenfall mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Schloss Cecilienhof in Potsdam – die Stromkonzerne tun seit dem GAU von Fukushima alles, um mit der Politik im Gespräch zu bleiben. Das ist heute nicht mehr so leicht wie früher. Lange zurück liegen die Zeiten, in denen energiewirtschaftlich relevante Gesetzentwürfe in den Rechtsabteilungen der großen Konzerne vorempfunden und dann vom Wirtschaftsministerium nur noch ans Parlament durchgereicht wurden. Jetzt ist der Gesprächsfaden zu den politischen Entscheidungsträgern ganz oben abgerissen. Weder Umweltminister Röttgen noch die Bundeskanzlerin sprechen mit den Chefs oder den Bevollmächtigten der vier großen Stromkonzerne. „Wir sind persona non grata geworden“, seufzt einer der Cheflobbyisten.

Den nur noch schwach glühenden Draht zu den Stromunternehmen hält Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Mit ihm telefonieren Großmann, Eon-Chef Johannes Teysen, Vattenfall-Vorsteher Tuomo Hattaka oder EnBW-Boss Villis. Auf ihre Verbände können und wollen sich die Topmanager nicht mehr verlassen. Zwar verfügt die BDEW-Geschäftsführerin Hildegard Müller als ehemalige Staatsministerin im Kanzleramt über gute Beziehungen zu Angela Merkel. Den vier größten Mitgliedsfirmen ihres Verbandes hat das aber nichts genutzt.

Andere Branchen sind im Moment besser dran. So reibt sich etwa das Handwerk die Hände. Der Handwerksverband hatte schon vor zehn Monaten, als das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung diskutiert wurde, eine Chance für neue Wohnungsbauförderprogramme gesehen. Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Handwerks, ließ einen Vorschlag ausarbeiten, mit dem die energetische Gebäudesanierung steuerlich gefördert werden soll. Es ist genau der Vorschlag, der sich jetzt im aktuellen Energiekonzept der Bundesregierung wiederfindet: Investitionen in die energetische Gebäudesanierung können ab 2013 über zehn Jahre mit jeweils zehn Prozent abgesetzt werden. Auch der BDI hat hinter den Kulissen daran gearbeitet, einzelnen Regelungen des Energiepakets die Schärfe zu nehmen. So schreibt sich der Verband auf die Fahnen, ein aus Sicht seiner Mitglieder ärgerliches Detail aus dem Energiepaket herausverhandelt zu haben. Auf Druck des Umweltsorts sollten Unternehmen verpflichtet werden, jährlich den Nachweis zu erbringen, dass sie die Energieeffizienz um ein Prozent gesteigert haben. Aus Sicht der Wirtschaft glatter Dirigismus. Die Bestimmung ist gestrichen worden.

Spätestens am 8. Juli sollen Bundestag und Bundesrat die Gesetze und Verordnungen für die Energiewende absegnet haben. Es bleiben noch knapp vier Wochen, die Entscheidungsträger zu bearbeiten

Lobbyismus in Berlin

90

Lobbyisten: Rund 5000 Lobbyisten tummeln sich in Berlin; die genaue Zahl ist unklar. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (Degepol) und Transparency International (TI) fordern eine gesetzliche Registrierungspflicht für jeden, der dauerhaft Interessen vertritt. Im Umgang mit Politikern oder Beamten solle ein „allgemein verbindlicher Verhaltenskodex für alle Interessenvertreter“ gelten, dem sich jeder Lobbyist mit der Registrierung unterwerfen müsse. Dazu gehört etwa, seinen Auftraggeber zu benennen, ebenso das Verbot von Bestechung und der persönlichen Vorteilnahme. Eine freiwillige Selbstkontrolle soll die Einhaltung garantieren. Wer die Regeln missachtet, soll aus dem Register fliegen. Beim Bundestag können sich seit 1973 Lobbyverbände freiwillig registrieren. 2040 sind es insgesamt – damit kommen auf jeden Abgeordneten im Parlament mehr als drei Verbände.

95

100

105

110

Energiebranche: Die Unternehmen der Energiebranche betreiben intensive Lobbyarbeit. Dabei setzen gerade die großen Firmen auf eigene Leute, die den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern pflegen. Die Branchenverbände wiederum leisten unternehmensübergreifende Lobbyarbeit. Zusätzlich beauftragen die Unternehmen und Verbände externe Berater und Agenturen. Die Erneuerbare-Energien-Branche hat längst an dieses Muster angeknüpft: Größere Unternehmen schicken ihre eigenen Leute nach Berlin, darüber hinaus kümmern sich die Verbände mitunter sehr hartnäckig um die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen.

Quelle: Goffart, D./ Riedel, D./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 111, 09.06.2011, 21

Atomausstieg: EU sieht Klimaziele nicht in Gefahr

Die Europäische Union kann ihre Klimaziele nach Ansicht der Brüsseler Kommission auch erreichen, wenn Deutschland aus der Atomkraft aussteigt. „Unser Vorhaben, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken, sehe ich durch den Ausstieg nicht in Gefahr“, sagte Klimakommissarin Connie Hedegaard dem Handelsblatt. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Energiewendegesetz erscheine den ihr vorliegenden Fakten zufolge recht ausgewogen. Es sehe die deutliche Stärkung erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Förderung von Energiesparmaßnahmen vor.

„Deutschland bekennt sich klar zu seinen CO₂-Verpflichtungen, das ist ein gutes Signal“, sagte Hedegaard. Der eingeschlagene Weg mache Deutschland zu einem interessanten Markt für erneuerbare Energien. „Die langfristige, von der Politik vorgegebene Aussicht und die starke Unterstützung in der Bevölkerung werden private Investoren anlocken, da bin ich mir ganz sicher“, betonte die Dänin.

Bis 2020 soll sich der Anteil von Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie an der Stromerzeugung in Deutschland von derzeit 17 auf 35 Prozent verdoppeln. Ökostrom allein wird in den nächsten Jahren aber noch nicht den Bedarf decken. Statt Atommeilern sollen deshalb moderne Gas- und Kohlekraftwerke die neuen Brücken in die Energiezukunft sein. Sie stoßen aber mehr CO₂ aus als Atomkraftwerke. Bis 2013 sollen rund zehn Gigawatt Leistung ans Netz gehen. Ein Teil davon ersetzt alte Dreckschleudern. Doch fünf bis sechs Gigawatt sollen zusätzlich zur Verfügung stehen, um fehlende Atomkapazität zu ersetzen. Bis 2020 soll noch einmal so viel fossile Kraftwerkskapazität hinzukommen.

Parallel dazu will die Bundesregierung die Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf jährlich 1,5 Milliarden Euro verdreifachen. Darauf setzt auch Hedegaard. Deutschland müsse die Komponente des Energiesparens massiv stärken: „Je nach Konsequenz der Umsetzung könnte das zu geringerem CO₂-Ausstoß führen“, sagte Hedegaard. Deutschland hat zugesagt, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent senken. Auch langfristig bleibt Hedegaard für Deutschland optimistisch: „Wir sind in unseren Berechnungen nie davon ausgegangen, dass Deutschland nach 2020 noch auf Kernkraft setzt. Deshalb ist die Energiewende berücksichtigt“, sagte die Dänin. Bis 2050 soll der Ausstoß von Treibhausgasen innerhalb der EU um 80 Prozent sinken.

Vor dem aktuellen Hintergrund spricht sich die Klimakommissarin für eine finanzielle Stärkung von Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien im EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 aus. Die Verhandlungen über die Höhe und die Verteilung der Gelder laufen derzeit an. Eine Priorität des Wachstumsprogramms „Europa 2020“ betrifft Nachhaltigkeit und Klimaschutz. „Dabei spielen erneuerbare Energien eine große Rolle“, sagte Hedegaard: „Es macht natürlich Sinn, dies im Budget zu berücksichtigen.“

Quelle: Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 111, 09.06.2011, 21

BP steht vor Comeback im Golf von Mexiko

Ölmulti will Bohrprojekte, die wegen der Katastrophe ruhen, bald fortsetzen. Branche muss wegen steigender Nachfrage die Förderung erhöhen.

5

Der britische Ölkonzern BP will voraussichtlich im Juli und August alle zehn Plattformen im Golf von Mexiko wieder in Betrieb nehmen, die die Produktion nach der Explosion der Bohrinself Deepwater Horizon unterbrechen mussten. Die Genehmigungen seien in Sicht. „Und wir werden von den Regulierungsbehörden genauso behandelt wie alle anderen Unternehmen, die die entsprechenden Lizenzen beantragt haben“, sagte BP-Chef Bob Dudley gestern nach der Vorstellung des konzerneigenen Statistischen Jahrbuchs zum Weltenergiemarkt. Vor gut zwei Monaten war verlautet, dass BP seine Bohrprojekte im Golf von Mexiko nur dann fortsetzen darf, wenn der Konzern sich im Gegenzug auf strenge Sicherheitsauflagen einlässt – und Regulierern etwa rund um die Uhr Zugang zu seinem Plattformen gewährt. Davon sei nicht die Rede, sagte Dudley.

10
15

Wenn BP in den nächsten Wochen seine Ölproduktion im Golf von Mexiko fortsetzen darf, käme das Comeback gerade mal 15 Monate nach der größten Umweltkatastrophe in der US-Geschichte. Im April 2010 war eine im Auftrag von BP betriebene Bohrinself explodiert. Drei Monate lang flossen täglich Tausende Liter Öl ins Meer. BP rechnet mit Kosten von bis 41,3 Milliarden Dollar für das Desaster. Zwischenzeitlich hatte die US-Regierung alle Ölprojekte im Golf von Mexiko stillgelegt und die Sicherheitsvorschriften überarbeitet. Seit vier Monaten vergibt die Aufsichtsbehörde wieder Lizenzen für Tiefseebohrungen. Sie gingen unter anderem an Exxon Mobil, Chevron und Eni. Exxon ist dabei offenbar auf große neue Ölvorkommen gestoßen – von mehr als 700 Millionen Barrel, teilte der Konzern gestern mit. Ein Barrel sind 159 Liter.

20
25

Die Vereinigten Staaten brauchen das heimische Öl, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken. Die Unternehmen sind ebenfalls auf die Förderung im Golf von Mexiko angewiesen, um ihre Produktion zu steigern und die wachsende Nachfrage zu decken. 2010 hat der weltweite Energieverbrauch um 5,6 Prozent im Vergleich zum Jahr davor zugelegt. Das geht aus dem statistischen Jahrbuch hervor, das BP vorstellte. Auch die Energieintensität sei gestiegen, sagte BP-Chefvolkswirt Christof Rühl, in einem Ausmaß wie zuletzt 1970. Es wird mehr Energie für jede Einheit Bruttosozialprodukt benötigt. BP hat sich in den vergangenen Monaten auch Förderrechte in Brasilien, Australien und Aserbaidschan gesichert, um künftig wachsen zu können. „Wir wollen bis Ende 2016 insgesamt 30 Ölbohrprojekte auf den Weg bringen und unsere Produktion um eine Million Barrel täglich steigern“, kündigte Dudley an. BP hofft zudem weiterhin auf eine Kooperation mit dem russischen Staatskonzern Rosneft, um gemeinsam die Ölvorkommen in der Arktis auszubeuten. Ein mit Rosneft bereits recht konkret vereinbartes Arktis-Projekt war im Mai gescheitert. Die Gelegenheit zur Zusammenarbeit wird sich erneut ergeben, sagte BP-Verwaltungsratschef Carl-Henric Svanberg.

30
35
40
45

Quelle: Slodczyk, K., Handelsblatt, Nr. 111, 09.06.2011, 30

Opec verweigert höhere Ölförderung

Ölminister können sich nicht auf eine Anhebung ihrer Quoten einigen. Die Preise ziehen deutlich an.

5

Offener Konflikt in der Opec: Die zwölf Mitgliedstaaten des Ölkartells haben sich gestern nicht auf eine Erhöhung der Ölförderung verständigen können. „Es gibt keinen Konsens unter den Mitgliedern“, sagte Opec-Generalsekretär Abubakar El-Badri. Insbesondere Saudi-Arabien hatte auf eine Erhöhung der Förderung gedrängt. Iran und Venezuela wollten die Förderquoten unverändert lassen. Der Ölpreis schoss nach der Entscheidung in die Höhe. Der Preis für Brent-Öl stieg zeitweise um zwei auf 119 Dollar je Barrel (159 Liter).

„Wir sind in keiner Krise“, meinte Opec-Generalsekretär El-Badri. Es gebe weltweit auch noch genügend Öl auf dem Markt. Allein das Ölkartell, das einen Marktanteil von gut einem Drittel hält, habe derzeit noch Reservekapazitäten von etwa 4,5 Millionen Barrel Tagesförderung. 1,5 Millionen Barrel gehen der Opec durch den kompletten Ausfall der Förderung in Libyen verloren. Wenn der Markt es verlange, werde die Opec dazu in der Lage sein, auch entsprechend die Förderung zu erhöhen.

20

Dass die Opec-Ölminister nicht zu einer Einigung fähig sind, ist eine absolute Ausnahme für das Ölkartell. In der 50-jährigen Geschichte der Opec hat es erst acht Ministertreffen gegeben, auf denen kein gemeinsamer Beschluss getroffen worden ist.

„Saudi-Arabien wird jetzt einfach selbst seine Fördermengen erhöhen, ohne Rücksicht auf die anderen Opec-Mitglieder“, kommentierte Ehsan Ul-Haq, Ölanalyst vom Londoner Branchendienst KBC Energy, die spektakuläre Entscheidung in Wien. Mit Problemen bei der Ölversorgung sei deshalb nicht zu rechnen.

Offiziell fördert das Kartell zurzeit knapp 25 Millionen Barrel und steht damit für mehr als ein Drittel des globalen Ölangebots. Die tatsächliche Opec-Förderung liegt Schätzungen zufolge bereits etwa 1,4 Millionen Barrel höher als die selbst verordnete Quote. Eine Anhebung der Produktion hätte also nur eine Anpassung an die Realität bedeutet. Experten argumentierten, eine Erhöhung der Förderquoten würde den Preis deutlich drücken, und zwar auf eine Spanne von 70 bis 90 Dollar je Barrel.

35

Quelle: Menzel, S./Palm, R., Handelsblatt, Nr. 111, 09.06.2011, 34

Opec kündigt doch höhere Ölförderung an

Der Beschluss soll nach den Worten des Generalsekretärs in einigen Wochen gefasst werden.

5

Saudi-Arabien bekommt bei seiner Forderung nach höheren Förderquoten Unterstützung vom Generalsekretär des Ölkartells Opec. „Wir haben am Mittwoch vorgeschlagen, die Förderung im dritten Quartal um zwei Millionen Barrel zu erhöhen“, sagte Opec-Generalsekretär Abdullah El-Badri gestern auf einer
10 Veranstaltung in Wien. Die Entscheidung könne in einigen Wochen auf einem Opec-Sondertreffen getroffen werden.

Beim jüngsten Gipfel der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) war es am Mittwoch zu einem tiefen Riss unter den zwölf Mitgliedern des Ölkartells gekommen.
15 Die Ölminister konnten sich nicht auf eine Erhöhung der Fördermengen verständigen, was den Ölpreis in die Höhe trieb. Gegen eine Steigerung hatten sich insbesondere der Iran und Venezuela ausgesprochen. Dafür sind hingegen Saudi-Arabien und Golf-Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait.

20 Saudi-Arabien hatte gleich nach dem Opec-Treffen angekündigt, dass es von sich aus die Ölförderung erhöhen wird. Dafür gibt es grünes Licht vom Opec-Generalsekretär. Das größte Land des Ölkartells könne selbstverständlich seine Fördermengen steigern. „Das ist die souveräne Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedslands“, sagte El-Badri.

25 Aus Sicht der Wiener Opec-Zentrale wird es vor allem in der zweiten Jahreshälfte weltweit zu einer höheren Ölnachfrage kommen. Das hohe Wirtschaftswachstum in Ländern wie China und Indien sei dafür in erster Linie verantwortlich, so der Opec-Generalsekretär weiter.

30 Viele Experten rechnen wegen der Uneinigkeit in der Opec mit einem dauerhaften Ölpreisanstieg. Der Wiener Ölinformationsdienst JBC Energy sieht den Preis für ein Barrel (159 Liter) langfristig jetzt deutlich über 100 US-Dollar. Saudi-Arabien hatte versucht, wieder in die Nähe von 80 US-Dollar zu kommen, um die weltweite wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden. Bei durchschnittlich 80 Dollar lag der
35 Ölpreis während des vergangenen Jahres.

Quelle: Menzel, S., Handelsblatt, Nr. 112, 10.06.2011, 33

Die Aussicht auf billigeres Öl ist nur gering

Die meisten Experten rechnen nicht damit, dass der Ölpreis nachgeben wird. Die Unsicherheit an den Märkten ist groß, und die Reserven schrumpfen.

5

Der Rohölpreis hat zwischenzeitlich wieder die Marke von 120 Dollar erreicht. Ein Barrel - 159 Liter - der Nordseesorte Brent ist damit an den Rohstoffbörsen fast so teuer wie Anfang Mai. Die Möglichkeit eines baldigen kräftigen Rückgangs schätzen Experten eher gering ein, sie erwarten vielmehr, dass sich der Ölpreis auf dem jetzigen hohen Niveau halten wird. Ausgelöst hatte den jüngsten Preissprung die Organisation erdölexportierender Länder (Opec). Das Kartell, das für mehr als ein Drittel der Weltölförderung steht, konnte sich bei seiner Sitzung vergangene Woche nicht wie erwartet auf höhere Förderquoten einigen. Die Folge: Mit der wachsenden Unsicherheit stiegen an den Ölmärkten die Preise. Im Ölkartell standen sich zwei Lager gegenüber. Die einen - dazu gehörte das weltgrößte Ölanbieterland Saudi-Arabien - wollten die Produktion erhöhen, um den Preisanstieg zumindest zu bremsen. Dahinter steckt die Sorge, dass zu hohe Preise zu einer Gefahr für die Konjunktur werden könnten. Andere Kartellmitglieder wie Iran oder Venezuela sind gegen eine Erhöhung der Förderquote, weil sie vermeiden wollen, dass der Ölpreis fällt.

20

"Die Krux liegt in den Erwartungen", erklärt Ole Hansen, Rohstoffexperte der Saxo Bank. "Der eine Block, angeführt von Saudi-Arabien, rechnet im dritten Quartal mit einer Angebotslücke von fast zwei Millionen Barrel Öl pro Tag und drängt auf eine Fördererhöhung. Andere Staaten wie Iran hingegen produzieren schon am Limit und rufen eher nach steigenden Preisen." In der Opec verschiebe sich damit das Gewicht laut Hansen zugunsten von Ländern wie Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die ihre Förderung noch erhöhen könnten.

25

Da die Kapazitätspuffer insgesamt aber schrumpfen, treibt dies den Preis. Seit Jahresbeginn hat sich Öl um fast 30 Prozent verteuert. Die Nachfrage steigt stetig. Die US-Energiebehörde EIA etwa hat zuletzt die Prognose für den Weltbedarf in diesem Jahr um 300 000 Barrel am Tag nach oben revidiert. Noch stärker beeinflussen die Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten die Ölpreise. Dahinter steckt insbesondere die Sorge, dass die Unruhen auf andere, wichtigere Förderländer wie Saudi-Arabien übergreifen könnten. Opec-Generalsekretär Abdalla el-Badri hatte den daraus resultierenden Preisaufschlag mit 15 bis 20 Dollar beziffert.

35

Ob dieser Aufschlag allein auf Termingeschäfte zurückzuführen ist, lässt sich kaum sagen. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat derweil der Spekulation erneut den Kampf angesagt. Er fordert Bareinlagen für Rohstoffgeschäfte, um auf diese Weise eine Verzerrung der Preise zu verhindern.

40

Am Ölmarkt rechnen Experten erst dann wieder mit tendenziell fallenden Preisen, wenn die Unruhen abebben. "Die Angst vor einer Ausweitung des politischen Flächenbrands im Nahen Osten wird zunächst noch anhalten", sagt Thorsten Proettel, Rohstoffanalyst der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Bis Ende des dritten Quartals rechnet die LBBW mit einem Brentölpreis von rund 110 Dollar. Zum Jahresende werde der Preis dann auf rund 100 Dollar fallen - vorausgesetzt, die politische Lage in der Ölregion beruhige sich.

50

"Es gibt eine temporäre Entspannung, wenn Libyen an den Markt zurückkommt", sagt Axel Herlinghaus, Energieexperte der DZ Bank. Die Ausfälle der libyschen Produktion betragen immerhin 1,5 Millionen Barrel am Tag. Er sieht Brentöl zum Jahresende bei 100 Dollar, doch schon im nächsten Jahr wieder bei 110 Dollar. "Wir sind strukturell auf dem Weg zu steigenden Ölpreisen", sagt Herlinghaus. Noch verfüge Saudi-Arabien über Reservekapazitäten, doch könne das Land nicht unbegrenzt alle Ausfälle bei anderen Produzenten ausgleichen.

55

Skeptischer sind die US-Bank Morgan Stanley und Saxo-Experte Hansen. Sie rechnen zum Jahresende mit einem Brentölpreis von 115 bis 120 Dollar je Barrel.

60

Zwei Welten

Anspruch Das Ölkartell Opec produziert offiziell nur 25 Millionen Barrel Rohöl am Tag. Diese Fördermenge stammt aber noch aus dem Jahr 2008. Damals hatte die Opec ihre Förderung in mehreren Schritten deutlich gekürzt, nachdem im Zuge der Finanzkrise die Nachfrage und damit die Preise eingebrochen waren.

65

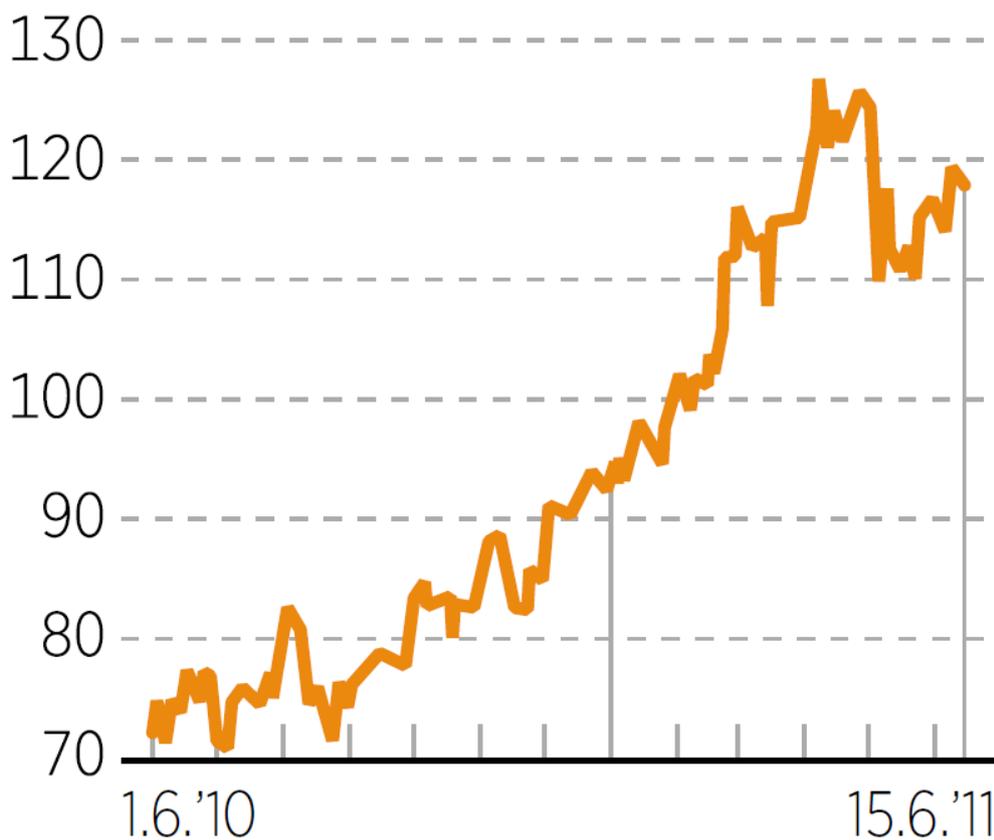
Wirklichkeit Die tatsächliche Produktion des Kartells wird auf 26 Millionen Barrel pro Tag geschätzt. Insgesamt wollte Saudi-Arabien, das wichtigste Produktionsland der Welt, die offizielle Förderquote des Kartells um 1,5 Millionen Barrel erhöhen. Zwei Drittel dieser Produktionssteigerung wurden laut Commerzbank bereits vor der Opec-Sitzung umgesetzt.

70

75 *Quelle: Palm, R., Handelsblatt, Nr. 115, 16.06.2011, 34*

Preistreiber

Brentöl, US\$ je Barrel



Handelsblatt

Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 115 vom 16.06.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Superstars a. D.

5 *Seit der Atomwende stehen sie als Verlierer da: Die Börse straft Eon-Chef Teyssen und RWE-Vorsteher Großmann ab. Ihnen fehlt eine Strategie für die Zeit nach dem Atomausstieg. Die Aktionäre verlangen Aufklärung. Hat die Restlaufzeit der Strombosse begonnen?*

Angela Merkel klang feierlich wie selten, als sie gestern zu ihrer 29. Regierungserklärung vor den Bundestag trat: „Wir können als erstes Industrieland der
10 Welt die Wende zum Zukunftsstrom schaffen“, sagte sie zum geplanten Atomausstieg. Es handele sich um eine „Herkulesaufgabe“. Der Regierungschefin ging es darum, Aufbruchstimmung zu erzeugen. Doch bei den Chefs der großen Energiekonzerne Eon und RWE, Johannes Teyssen und Jürgen Großmann, herrscht blankes Entsetzen. Für sie war der gestrige Tag der wohl bitterste ihrer Karriere.

15 Noch im vergangenen Jahr setzte Großmann als Speerspitze der Branche die Laufzeitverlängerung durch, gemeinsam mit Teyssen. Beschimpft von den Grünen (Jürgen Trittin: „Premium-Lobbyismus“), bewundert von den anderen Industriekapitänen, stand Großmann auf dem Zenit seiner Karriere. Doch wie
20 gewonnen, so zerronnen: Die Meiler werden bis 2022 abgeschaltet und dann demontiert. Seit dem Reaktorunglück in Fukushima im März haben die Aktien von Eon 16 Prozent eingebüßt, die von RWE 19 Prozent. Schon zuvor hatte die Erosion der Unternehmenswerte begonnen. Seit 2008 hat Eon knapp 57 Prozent oder 52
25 Milliarden Euro an Marktwert verloren, RWE 52 Prozent oder 23 Milliarden Euro. Das Image der Konzerne ist durch die angedrohten Klagen auf Schadensersatz ramponiert, auch wenn den Managern keine Alternative blieb, als für den Erhalt ihrer Vermögenswerte juristisch zu kämpfen. Plötzlich sehen die einst stolzen Energieriesen wie Übernahmekandidaten aus. Gazprom-Chef Alexej Miller hat offen sein Interesse
30 an einem Einstieg bei Eon signalisiert. Iberdrola-Chef Ignacio Galán hatte schon im Winter bei Großmann wegen einer Fusion vorgefühlt.

Großmann und Teyssen müssten eine Strategie für die Zeit nach dem Atomstrom präsentieren - aber sie haben keine. Die Aktionäre werden unruhig. „Wir wollen
35 wissen, wie Jürgen Großmann die Energiewende jetzt aktiv begleiten will“, sagt ein RWE-Aufsichtsrat. Der Vorstandschef muss am 7. Juli den kommunalen Aktionären seine harte Haltung in der Atomfrage erläutern. Anfang August folgt dann eine Sondersitzung des Aufsichtsrats. Auch bei Eon herrscht Rätselraten über die Strategie. Mit Prozessen wird Teyssen kaum die Gewinne und den Aktienkurs befördern. Er muss nach Informationen des Handelsblatts schon auf einer kurzfristig anberaumten
40 Telefonkonferenz am 21. Juni den Aufsichtsräten die Lage schildern - und bis zur regulären Aufsichtsratssitzung im August Antworten finden. Fondsmanager fordern jetzt ein stärkeres Engagement in erneuerbaren Energien - und ein Ende des politischen Konflikts: „Für alle Beteiligten ist es besser, wenn es nicht zu einer dauerhaften Konfrontation zwischen Industrie und Politik kommt“, sagt Jürgen
45 Fischer von der Dekabank. Und Lars Labryga, Vorstand der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, fordert: „Die großen Stromkonzerne dürfen jetzt nicht ihre Wunden lecken, sondern müssen sich noch schneller neu erfinden.“

Die Zukunft der Energiekonzerne treibt nicht nur die Aktionäre um, sondern auch die Belegschaft. „Wir sind geschockt, die Stimmung ist schlecht“, sagt ein
50 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von Eon: „Wir wollen jetzt schnell wissen, wie es weitergeht.“ Und natürlich beobachte man die Übernahmespekulationen in Deutschland mit Sorge.

Keine Frage: Die Atomwende schwächt die deutschen Branchenriesen Eon und RWE
55 im internationalen Vergleich deutlich. Eon verliert durch das Auslaufen des Atomzeitalters in Deutschland spätestens im Jahr 2022 nicht weniger als 45 Prozent seiner hiesigen Stromproduktion, RWE immerhin 27 Prozent. Verschärfend hinzu kommt, dass die Kernkraftwerke hohe Margen abwerfen. Analysten kalkulieren mit Produktionskosten von 22 Euro je Megawattstunde, der Strompreis notiert derzeit im
60 Großhandel bei knapp 60 Euro. In Steinkohlekraftwerken sind die Kosten mehr als doppelt so hoch, Gasanlagen sind noch teurer. Analysten haben errechnet, dass Eon durch den Atomausstieg Gewinne in Höhe von 8,6 Milliarden Euro entgehen, RWE muss auf 5,9 Milliarden Euro verzichten. Der Chef des Konkurrenten Electricité de France (EDF), Henri Proglio, der fast nur mit Kernenergie Strom erzeugt, dürfte die
65 Probleme der deutschen Konkurrenten mehr als entspannt zur Kenntnis nehmen. Sein Unternehmen liefert jetzt schon Strom nach Deutschland, um die verringerte Atomstromproduktion auszugleichen.

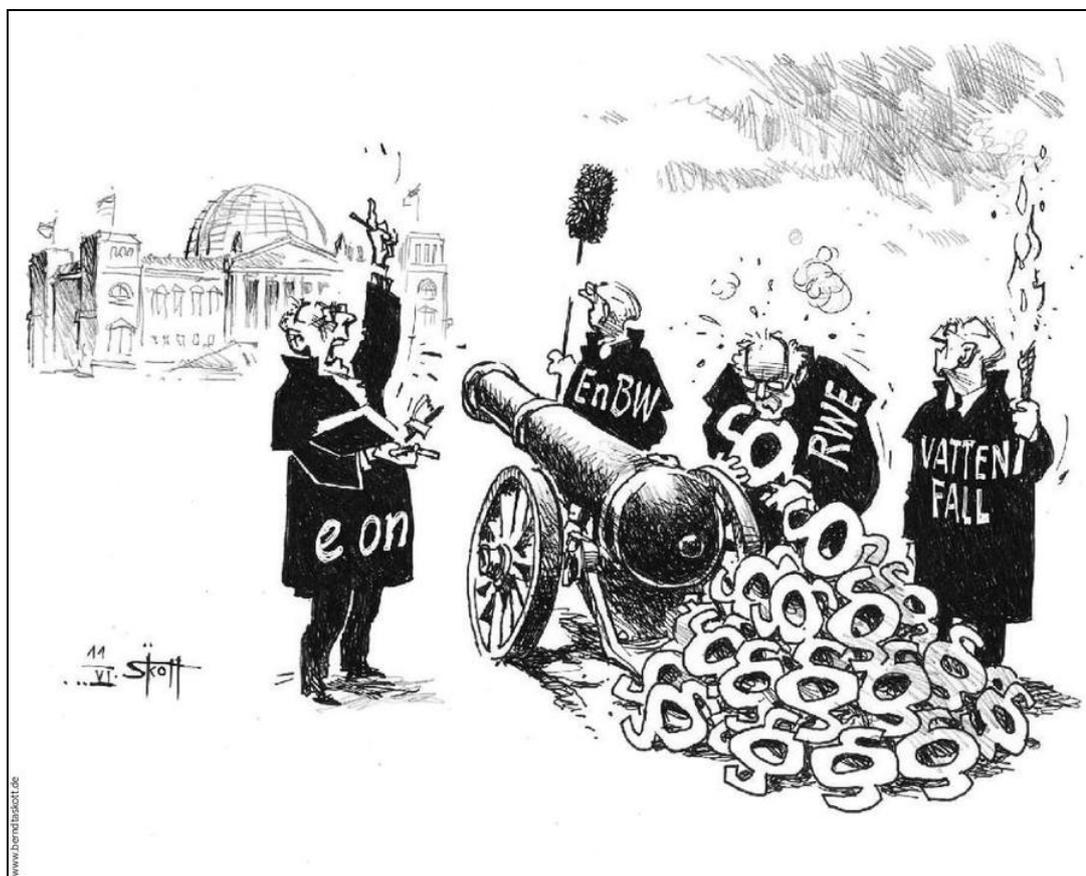
Doch nicht nur die Vorteile ausländischer Konkurrenten schrecken die deutschen
70 Energiekonzerne ab. Problematisch ist der deutsche Atomausstieg auch mit Blick auf die CO₂-Bilanz der Konzerne. Speziell für RWE, Europas größten Emittenten des klimaschädlichen Gases, sind die Belastungen durch den Emissionshandel schon jetzt enorm. 750 Millionen Euro musste RWE bereits im vergangenen Jahr für Zertifikate
75 ausgeben, die das Unternehmen wegen des Ausstoßes von CO₂ benötigte. Ab 2013 wird es über eine Milliarde Euro sein, weil RWE dann alle Berechtigungen ersteigern muss, noch bekommt das Unternehmen ein Drittel kostenlos zugeteilt. Und künftig soll RWE in Deutschland eben auch noch auf Kernkraftwerke verzichten, die CO₂-frei Strom produzieren.

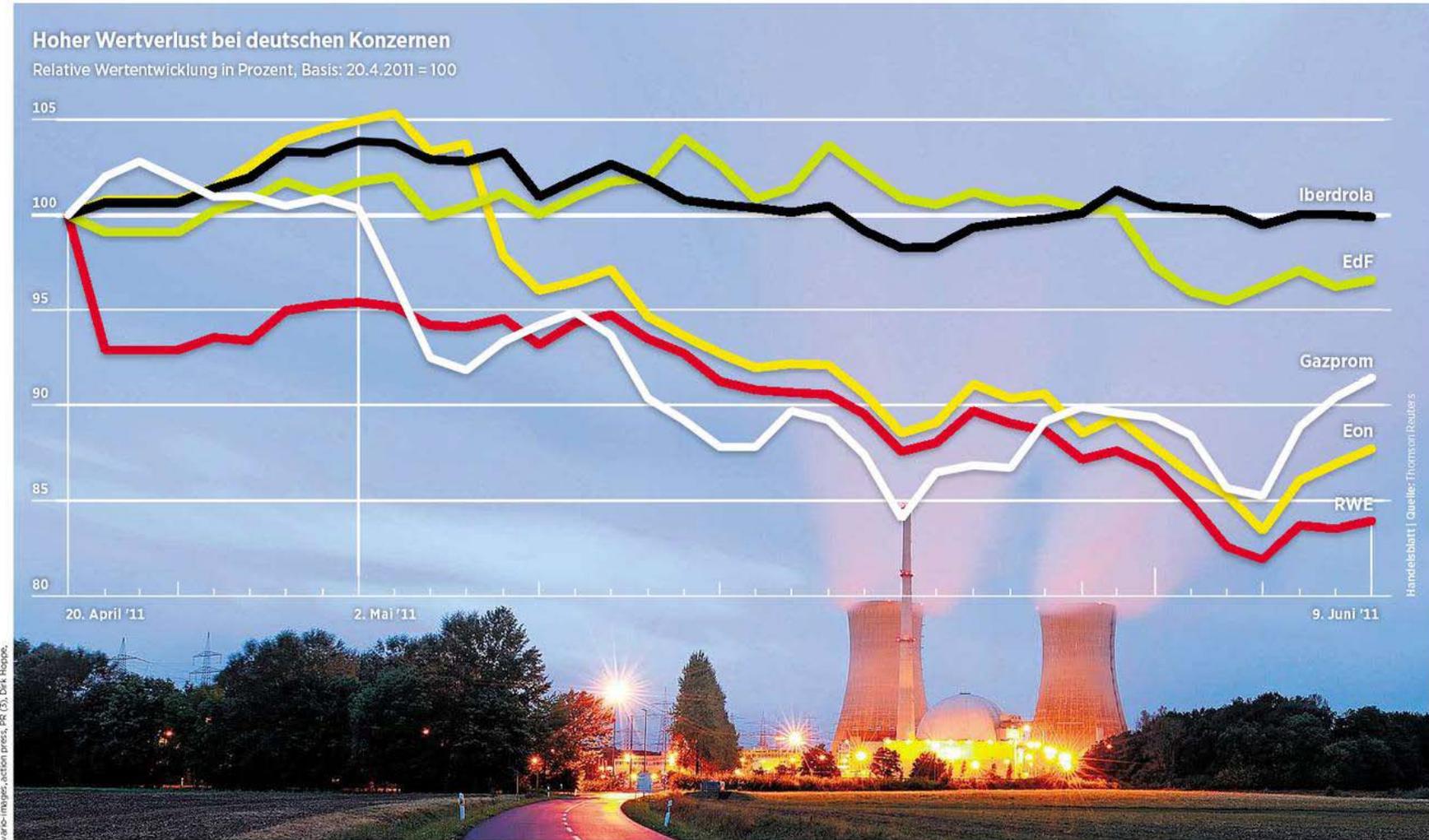
In jedem Fall rächt sich nun, dass Eon und RWE viel zu spät begonnen haben, in
80 erneuerbare Energien zu investieren. Bei RWE beträgt der „grüne“ Anteil an der Stromproduktion konzernweit gerade einmal vier Prozent, bei Eon sind es 9,5 Prozent - inklusive der ohnehin schon lange vorhandenen Wasserkraftwerke. Was also tun? Eon-Chef Teyssen und RWE-Chef Großmann könnten eine logische Konsequenz aus
85 den schwierigen Rahmenbedingungen in Deutschland ziehen - und ins Ausland flüchten. „Die Investitionsmöglichkeiten in Deutschland sind durchaus begrenzt“, sagt Florian Haslauer, Energieexperte der Unternehmensberatung A.T. Kearney. Es biete sich also an, den Blick über die Grenzen zu werfen. Vor allem Eon hat das in den vergangenen Jahren ohnehin schon getan. Wegen des Drucks der Kartellbehörden
90 verkaufte der Konzern in der Bundesrepublik bereits Kraftwerke, sein überregionales Stromnetz und seine Holding Thüga mit Beteiligungen an gut 100 Stadtwerken. Gleichzeitig kaufte sich Eon in allen wichtigen europäischen Märkten und in Russland ein. Teyssen kündigte bereits im Herbst an, Eon solle über Europas Grenzen hinweg expandieren - und lässt seither nach zwei neuen Märkten fahnden. 2015 will Eon
95 schon 25 Prozent seiner Ergebnisse außerhalb Europas erwirtschaften. „Die Strategie

ist und bleibt richtig“, betonte ein Konzernsprecher gestern. Auch RWE-Chef Großmann verfolgt die „Auslandsstrategie“. In den Niederlanden hat sich RWE jüngst eine Beteiligung an einem Kernkraftwerk gesichert, und in Großbritannien plant Großmann gemeinsam mit Eon den Bau gleich mehrerer Reaktoren. Außerdem baut RWE wie Eon Windparks in der Britischen See und Solaranlagen in Spanien.

Dennoch: Deutschland ist für RWE, insbesondere aber auch für Eon nach wie vor der wichtigste Markt. Hier machen beide Konzerne noch immer über 50 Prozent ihres Umsatzes -und hier versorgen sie täglich Millionen von Strom- und Gaskunden. „Hier sind unsere Kunden, hier müssen wir auf unser Image achten“, sagte ein RWE-Aufsichtsrat. „Die Messe ist gelesen. Jetzt muss die Strategie neu ausgerichtet werden. Wir waren viel zu sehr von der Kernenergie abhängig“, sagte ein Eon-Aufsichtsrat. Gestern gab der Konzern bekannt, die vom Moratorium betroffenen Kernkraftwerke Isar I und Unterweser dauerhaft vom Netz zu nehmen. Die Forderung von Aktionären und Belegschaft lautet jetzt: mehr Engagement bei den erneuerbaren Energien. Bislang allerdings gestalten die Konzerne die Energiewende nicht aktiv mit. Eon-Chef Teysen pocht vor allem auf seine Rechte. Er wird gegen die Atomsteuer klagen und will den Vermögensschaden notfalls vor dem Verfassungsgericht geltend machen. Auch Großmann gibt sich kampfeslustig. Doch das sind nur noch Nachhutgefechte.

Quelle: Flauger, J./Hackhausen, J./Schnell, C./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 112, 10.06.2011, 1/6





Interview J. Trittin: „Die Regierung versagt“

Der Fraktionschef der Grünen fordert Nachbesserungen bei der Energiewende. Darüber sprach er mit Barbara Gillmann und Klaus Stratmann.

5

Handelsblatt: Herr Trittin, Sie verstehen sich auffallend gut mit Frau Merkel – ist mit dem Atomausstieg Schwarz-Grün wieder eine Option?

Jürgen Trittin: Die Bundesregierung ist nur zu dem zurückgekehrt, was wir mal auf den Weg gebracht haben. Beim Ausstieg gilt jetzt: zurück zu Rot-Grün mit zusätzlichem Deckel bei den Laufzeiten. Bei der Energiewende aber sind wir noch nicht da, wo wir hinmüssen.

Also ist die Tür zu Schwarz-Grün, die Merkel 2010 zugeschlagen hat, wieder angelehnt?

Frau Merkel hat begriffen, dass sie mit einem Anti-Ökologie-Kurs jede Wahl verliert. Es gibt aber mit Blick auf die Umfragen für uns derzeit kein rationales Motiv, mit der CDU zu koalieren. Mit der SPD lägen wir auf Augenhöhe – mit der CDU wären wir der Juniorpartner. Und die meisten Gemeinsamkeiten gibt es nach wie vor mit der SPD.

20

Zur Energie: Mit dem Ausstiegsplan sind Sie glücklich?

Wenn es nach unserer Vereinbarung mit den Energiekonzernen aus dem Jahr 2000 gegangen wäre, wären die sieben ältesten Atomkraftwerke längst vom Netz. Die Konzerne haben den Vertrag aber überstrapaziert. Sie haben ihre Anlagen strategisch so betrieben, dass sie diese AKW in die Zeit der nächsten Regierung retten konnten. Das hat Frau Merkel selbst mit verursacht, indem sie längere Laufzeiten versprochen hat. Sie hat RWE und Co. sozusagen die Wurst ins Fenster gehängt. Das korrigiert sie jetzt. Man könnte schon bis 2017 aussteigen.

Entschädigungsfrei?

Ja. Das hat auch die Ethikkommission bestätigt – in der immerhin der frühere BASF-Chef Jürgen Hambrecht saß. Die Regierung ist also nicht sehr ambitioniert.

Sie sagen dennoch ja?

Der Ausstiegsplan der Regierung ist notwendig, aber nicht hinreichend. Aber wenn man uns fragt, ob wir die Laufzeitverlängerung von 2010 zurücknehmen wollen, werden wir nicht Nein sagen. Das gilt auch für die Abschaltung der ältesten Meiler plus Krümmel.

Also Zustimmung?

Das entscheiden wir, wenn die Gesetze vorliegen. Bis dahin werden wir eine Reihe von Änderungsanträgen stellen. Ich habe Signale – sowohl vom Umweltminister als auch von der Kanzlerin –, dass sie für Veränderungen offen sind.

40

45 *Sie wollen ...*

...die Absenkung der Sicherheitsstandards von 2010 wieder rückgängig machen. Und wenn die Regierung tatsächlich eine ergebnisoffene Endlagersuche will, darf sie keine Fakten schaffen und Graf Bernsdorff in Gorleben nicht enteignen.

50 *Anderenfalls schnüren Sie das Paket wieder auf, falls Sie 2013 an die Regierung kommen?*

Ich kann mir eine grüne Regierungsbeteiligung nicht vorstellen, ohne für AKW zwingend den aktuellen Stand der Technik bei der Sicherheit vorzuschreiben. Und: Die Mängel beim Einstieg in die Ära der erneuerbaren Energien sind mindestens so groß wie die des Ausstiegs. Wer den Umstieg nicht gestaltet, überlässt das Feld den apokalyptischen Warnern vor Blackouts. Hier versagt die Regierung.

Warum?

60 Weil sie zum Beispiel einseitig auf Offshore-Windenergie setzt. Die Windkraftanlagen an Land bleiben benachteiligt, etwa weil ihre Nachrüstung erschwert wird. Das Ziel, 35 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren zu gewinnen, ist unambitioniert, die Branche selbst geht von 45 Prozent aus. Und es ist falsch, die Lücke vor allem mit Kohle statt mit Gas zu füllen.

65 *Warum sollte jemand ein Gaskraftwerk bauen, das bei wachsendem Anteil der Erneuerbaren immer weniger ausgelastet ist?*

Weil es viel billiger ist als ein Kohlekraftwerk und weil Gas nur ein Drittel so viel CO₂ produziert wie ein Braunkohlekraftwerk.

70 *Das reicht nicht...*

Deshalb müssen wir sogenannte Kapazitätsmärkte schaffen, um zu honorieren, dass ein Betreiber Kapazitäten vorhält. So kann die Investition in ein Gaskraftwerk durchaus lukrativ sein. Ein anderer Weg wäre, für fossile Kraftwerke maximale Effizienz vorzuschreiben. Das würde Gaskraftwerke bevorzugen. Denn neue Kohlekraftwerke würden im Norden entstehen. Wir müssten also nicht nur Windenergie, sondern auch zusätzlichen Kohlestrom Richtung Süden transportieren. All das ignoriert die Regierung völlig.

Was heißt „Stand der Technik“ für Atomkraftwerke?

80 Kein AKW hält einen Flugzeugabsturz so aus, dass es hinterher Strom produziert. Aber es gibt relevante Unterschiede: Bei den sieben Ältesten würde es voraussichtlich zu einer nuklearen Katastrophe kommen.

Und die anderen?

85 Die müssten nachgerüstet werden.

Der Betrieb würde also teurer.

Im Zweifel ja.

90 *RWE und Eon wollen klagen...*

Rechtlich haben sie keine Chance. Selbst eine Laufzeit von 28 Jahren wäre verfassungsfest, jetzt sind es umgerechnet 32 Jahre. Klagen sind nicht automatisch im Sinn der Aktionäre. Wenn sich in einer Gesellschaft ein Konsens für einen schrittweisen Ausstieg bildet, dann treten neue Player, neue Konkurrenten auf. Ich bezweifle, dass es betriebswirtschaftlich klug ist, wenn RWE und Eon dauerhaft – in
95 einer Reihe mit Gazprom – den „bad guy“ geben.

Warum sind Sie gegen ein AKW als Kaltreserve?

100 Kaltreserve ist energiewirtschaftlicher und technischer Unsinn. Es geht eher um eine Kaltreserve, mit der Frau Merkel die FDP abkühlt.

Werden Sie helfen, Bürger von den nötigen neuen Hochspannungsleitungen zu überzeugen?

105 Nötiger als Hochspannungsleitungen sind Leitungen mit niedrigerer Spannung. Wenn Dänemark diese Leitungen flächendeckend unterirdisch verlegt, können wir das auch – zumindest dort, wo es Konflikte gibt. Dann sind wir den Großteil der Akzeptanzprobleme los. Im Energiewirtschaftsgesetz fehlt aber die Möglichkeit, Zusatzkosten dafür umzulegen. Auch hier gibt Frau Merkel gleichzeitig Gas und
110 bremst.

Sind die Netzbetreiber zu zögerlich?

Die Untersuchungen zeigen klar: Die meisten Verzögerungen sind nicht durch Bürgereinsprüche verursacht, sondern dadurch, dass die Netzbetreiber da mit spitzen Fingern drangehen, weil es langfristig Kapital bindet.

115 *Die Energiewende treibt die Strompreise. Wie sehr wollen Sie die Industrie belasten?*

Die Regierung will im Erneuerbare-Energien-Gesetz die Wirtschaft pauschal von einer Umlage freistellen. Das ist falsch. Man muss nur einzelne schützen.

120 *Zum Beispiel?*

Die deutsche Aluminiumindustrie verwendet zur Hälfte recyceltes Aluminium und steht zudem in einem unfairen Wettbewerb durch trickreich begünstigte Konkurrenten in der EU. Deutschlands größte Alu-Hütte verbraucht ein Prozent des Stroms – und hat damit mehr Einfluss auf das Netz als alle unsere Pumpspeicher. Wenn sie hilft, das
125 Netz stabil zu halten, kann man das belohnen.

Können wir uns dauerhaft einen Vorrang für die Einspeisung Erneuerbarer leisten?

Selbstverständlich müssen die Energieträger, die heimisch sind, die so gut wie kein CO₂ produzieren und keinen Atommüll hinterlassen, zuerst verwendet werden. Auch
130 das hat die Regierung nicht begriffen.

Quelle: Gillmann, B./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 113, 14.06.2011, 14

Energieforschung – das Wichtigste zuerst

Die Stromwirtschaft mahnt: Bei der wichtiger werdenden Forschung sollen die Mittel konzentriert werden. Eine neue Prioritätenliste soll Berlin als Leitfaden dienen.

5

Wenn Christian Urbanke an die Energiewende denkt, sieht er große Chancen für die Wirtschaft. Dem Siemens-Manager kommen die neuen Gasturbinen, die Stromübertragungsleitungen und die Stromspeicher in den Sinn, die innerhalb weniger Jahre gebaut werden müssen, wenn der Ausstieg aus der Kernenergie glücken soll.

10

Aber Urbanke, der sich in den Gremien des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) intensiv mit den Themen Energieforschung und Energietechnologie befasst, weiß auch, dass es neben den Chancen große Risiken gibt. Um diese Risiken zu minimieren, muss nach seiner Überzeugung mehr geforscht werden: „Größere Anstrengungen in der Energieforschung sind aus unserer Sicht unabdingbar, wenn wir die ehrgeizigen Ziele der Energiewende erreichen wollen“, sagte Urbanke dem Handelsblatt. Unter Urbankes Federführung ist beim BDI der Leitfaden „Prioritäten für die Energieforschung in Deutschland“ entstanden, den der Verband in diesen Tagen vorstellen will. Das Papier, erstellt auf Anregung des Bundeswirtschaftsministeriums, zeigt, welche Projekte der Energieforschung aus Sicht der Wirtschaft bei der Forschungsförderung Vorrang haben müssen. Hintergrund sind die derzeit laufenden Arbeiten des Wirtschaftsministeriums am neuen Energieforschungsprogramm der Bundesregierung.

15

20

25

Die ersten Plätze im BDI-Ranking belegen unter 31 technologischen Optionen die Themen energieeffiziente Industrieprozesse, Hochleistungswerkstoffe für den Gebäudebereich, Elektromobilität mit Batterie, Photovoltaik, solarthermische Stromerzeugung und die Windkraftnutzung im Meer. Weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen rangieren dagegen die Fusionsforschung (Energie aus Kernverschmelzung), aber auch das Thema Wasserstoff als Kraftstoff.

30

Der BDI will die Bundesregierung mit seinem Papier dazu bringen, sich bei der Förderung auf bestimmte Forschungsvorhaben zu konzentrieren. „Wir appellieren an die Politik, keine Förderprogramme nach dem Gießkannenprinzip zuzulassen. Die Politik muss Schwerpunkte setzen. Wir sind gerne dabei behilflich, diese Schwerpunkte zu definieren“, sagt Urbanke.

35

Besonderes Augenmerk hat der BDI darauf gelegt, solche Schwerpunkte zu definieren, die mit relativ geringem Einsatz von Forschungsgeldern kurzfristig wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse versprechen. Der Zeithorizont reicht dabei bis 2020. „Dauersubventionen sind nicht unser Ziel. Im Gegenteil: Für uns hat Marktfähigkeit höchste Priorität“, sagt Urbanke.

40

Allerdings ist die starke Fokussierung nicht unumstritten. In einer Anfang Juni veröffentlichten Stellungnahme spricht sich die Nationale Akademie der Wissenschaften zwar ebenfalls für eine Priorisierung der Ressourcen „mit Augenmaß“ aus. Allerdings empfehlen die Wissenschaftler, einen Teil der verfügbaren Ressourcen für Forschungseinrichtungen einzusetzen, „die nicht im derzeitigen Mainstream liegen und deren Erträge erst längerfristig erwartet werden können“. Der größte Hebel liegt

45

50 nach Auffassung der Forscher der Nationalen Akademie der Wissenschaften in der
Förderung von Effizienztechnologien, beispielsweise bei elektrischen
Querschnittstechnologien in der Industrie. In dieser Frage kommen die Akademie und
der BDI somit zu einem ähnlichen Ergebnis.

55 In dem Anfang vergangener Woche vom Bundeskabinett verabschiedeten Konzept
„Der Weg zur Energie der Zukunft“, das die wesentlichen Punkte der Energiewende
zusammenfasst, wird das Thema Energieforschung nur gestreift. Allerdings hatte die
Bundesregierung schon bei anderer Gelegenheit betont, der Energieforschung größere
Aufmerksamkeit widmen zu wollen. Das erscheint auch dringend geboten. Ihren
60 Höhepunkt erreichte die Energieforschung vor knapp 30 Jahren: 1982 beliefen sich
die Aufwendungen des Bundes für die Energieforschung auf gut 1,4 Milliarden Euro.
Seitdem sanken sie kontinuierlich auf zuletzt unter 500 Millionen Euro.

65 „Wir sind bei der Förderung der Energieforschung weit vom Niveau der 80er-Jahre
entfernt. Es wäre eine gefährliche Wettbewerbsverzerrung zulasten deutscher
Unternehmen und Forschungseinrichtungen, wenn die Unterstützung deutlich hinter
dem zurückbliebe, was in konkurrierenden Wirtschaftsräumen staatlicherseits
aufgewandt wird“, sagt Urbanke. Länder wie die Schweiz, Dänemark oder Japan
lägen mit ihren Pro-Kopf-Ausgaben „um den Faktor zwei bis drei höher“.

70 *Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 114, 15.06.2011, 13*

Kaltreserve: Ein Atomkraftwerk auf Abruf käme die Verbraucher teuer zu stehen

Der von der Bundesregierung geplante Einsatz eines alten Kernkraftwerks als Reserverkraftwerk für die kommenden beiden Jahre stößt auf heftige Kritik. „Eine teurere Variante als das Vorhalten eines Kernkraftwerks zur Sicherstellung der Versorgung ist kaum vorstellbar. Insofern ist die von der schwarz-gelben Koalition geplante Regelung energiewirtschaftlicher Unsinn, der alle Stromkunden teuer zu stehen kommt“, sagte Ingrid Nestle, energiewirtschaftliche Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. In dem Eckpunktepapier „Der Weg zur Energie der Zukunft“, das das Kabinett Anfang vergangener Woche verabschiedet hat, heißt es, eines der Kernkraftwerke, die nach dem Moratorium nicht wieder ans Netz gehen, müsse „noch bis Frühjahr 2013 als Reservekraftwerk zur Verfügung stehen“. Dadurch sollen „Gefahren für Sicherheit und Stabilität der Stromversorgung“ abgewendet werden. Das Kernkraftwerk soll immer dann kurzfristig zugeschaltet werden, wenn die Kapazitäten der restlichen Kraftwerke nicht mehr ausreichen, um die Stromversorgung aufrechtzuhalten. Zuvor hatte die Bundesnetzagentur gewarnt, aus Gründen der Netzstabilität seien in den kommenden beiden Wintern zusätzliche Kraftwerkskapazitäten erforderlich. Die Kosten für das Vorhalten des Meilers werden auf alle Stromverbraucher umgelegt. Das Energiewirtschaftsgesetz soll entsprechend geändert werden.

Allerdings ist ein Atommeiler als Reservekraftwerk nur zweite Wahl. Deshalb wird der Plan der Regierung kritisiert, und selbst die Betreiber sind skeptisch. In Branchenkreisen heißt es, es dauere „gut zwei Tage“, ein Kernkraftwerk vom Ruhezustand in den Leistungsbetrieb hochzufahren. Beim Ausgleich von akuten Versorgungsengpässen geht es dagegen um das Zuschalten von Kapazitäten in Sekundenschnelle. Wesentlich reaktionsschneller als Kernkraftwerke sind Gaskraftwerke. Wie teuer das Vorhalten eines Meilers genau ist, ermitteln die Betreiber derzeit noch. In Regierungskreisen wird von Kosten in Höhe von 50 Millionen Euro ausgegangen. „Ein Kernkraftwerk wird eben nicht dadurch wesentlich billiger, dass es keinen Strom produziert. Die Belegschaft bleibt im Einsatz, die Wartung muss fortgesetzt werden, die Sicherheit muss gewährleistet sein“, sagte Nestle. Die Grünen-Politikerin schlägt Alternativen zu der von der Bundesregierung ins Auge gefassten Lösung vor: „Im Ernstfall muss man große Verbraucher aus der Industrie abschalten und sie dafür anständig vergüten. Die Unternehmen können sich darauf vorbereiten und sprechen sich sogar für diese Vorgehensweise aus“, sagte Nestle. Durch geschicktes Lastmanagement könnten zwei Kernkraftwerke kurzfristig ersetzt werden. In der Industrie rennt Nestle damit offene Türen ein. „Industrielle Großverbraucher bieten an, durch schnellen Abwurf großer Lasten zu helfen“, sagte Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM). Freiwillige Verträge mit angemessenen Vergütungen seien der richtige Lösungsweg. Zwangsabschaltungen dagegen lehne man ab. Kneer verwies auf eine interfraktionelle Initiative von Union, FDP, SPD und Grünen aus dem Sommer vergangenen Jahres zur Vergütung zu- und abschaltbarer Lasten. Die Initiative zeige einen praktikablen Weg auf, der noch auf eine Umsetzung warte.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 114, 15.06.2011, 13

Billigstromanbieter Teldafax reicht Insolvenzantrag ein

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Manager – Mitarbeiter schreddern Unterlagen

- 5 Das nach eigenen Angaben größte unabhängige Energieunternehmen Deutschlands, Teldafax, ist pleite. Die Führung des Billigstromanbieters reichte gestern beim Amtsgericht Bonn einen Insolvenzantrag ein. Das Gericht berief den Rechtsanwalt Biner Bähr zum vorläufigen Insolvenzverwalter.
- 10 Der Schritt zeichnete sich seit längerem ab. Teldafax hatte in den vergangenen drei Monaten drei Vorstandsvorsitzende, mehrfach wechselnde Eigentümer und verlor mehr als 200000 seiner knapp 800000 Kunden, weil immer mehr Netzbetreiber dem Unternehmen die Nutzung ihrer Leitungen untersagten. Fußballbundesligist Bayer 04 Leverkusen löste erst vor zwei Wochen den Sponsoringvertrag vorzeitig auf.
- 15 Seit Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Insolvenzverschleppung. In all diesen Wochen vermeldete das Unternehmen jedoch ausnahmslos, es sei auf dem Wege der Besserung.
- 20 Der Insolvenzantrag bedeutet ein Desaster für den Finanzinvestor Prime Mark, der erst vor drei Monaten Teldafax übernommen hatte und mit 50 Millionen Euro ausstattete. 2010 war ein ähnlicher Betrag von einem unbekanntem Investor geflossen. Teldafax war gestern für die Frage, wie ein Unternehmen bei solchen Geldspritzen pleitegehen kann, nicht zu sprechen. Aufsichtsrat Wolfram Scharff sagte: „Die 100
- 25 Millionen sind wohl weg. Und Teldafax wollte ja noch mal 100 Millionen haben.“
- Teldafax verkauft erst seit 2007 Strom und wuchs rasant. Dann wurde klar, dass Teldafax seinen Strom billiger verkaufte als einkaufte und dabei von Vorkassen seiner Kunden lebte – ein Geschäftsmodell, das an ein Schneeballsystem aus dem grauen
- 30 Kapitalmarkt erinnerte. Im Oktober 2010 berichtete das Handelsblatt, dass der Gründer des Unternehmens, Michael Josten, wegen eines früheren Anlagebetrugs im Gefängnis saß und dass die Wirtschaftsprüfer von Teldafax sich seit 2008 weigerten, die Jahresabschlüsse zu testieren. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, zögerte jedoch mit dem Zugriff, weil Teldafax stets den Eindruck erweckte, neue
- 35 Finanzspritzen des Investors könnten seine 600 Arbeitsplätze retten.
- Mehrere Mitarbeiter berichteten dem Handelsblatt nun, wozu Teldafax die erkaufte Zeit nutzte: „Es wurde ein Team von loyalen Leuten gebildet, die schreddern seit zwei
- 40 Monaten den ganzen Tag Unterlagen.“ Bei den Unterlagen soll es sich einerseits um belastendes Material handeln, andererseits schlicht um Kundenpost. Teldafax erhielt 2011 bis zu 160 000 Briefe pro Monat von Kunden und Netzbetreibern, die auf ihr Geld warteten. Insider erwarten nun den Zugriff der Staatsanwaltschaft. Auch sie wird aber den vielen Tausend Kunden nicht helfen können, die ihre Stromrechnung per Vorkasse bezahlt haben. Laut Verbraucherschützern werden sie ihr Geld zum
- 45 allergrößten Teil nicht wiedersehen.

Quelle: Flauger, J./Iwersen, S., Handelsblatt, Nr. 114, 15.06.2011, 5

Tatenlos zugeschaut

5 *Die Pleite des Stromanbieters Teldafax zeichnete sich lange ab. Doch Staatsanwaltschaft, Netzagentur und Sponsor ließen das Management gewähren. Jetzt klagen Verbraucherschützer.*

10 Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen: Ein gutes halbes Jahr lang tat der Fußball-Bundesligist Bayer 04 Leverkusen so, als gehe ihn das Drama um seinen Werbepartner Teldafax nichts an. Während sich Kunden zu Tausenden über ausbleibende Abrechnungen beschwerten und ein Geschäftspartner nach dem anderen ausstehende Zahlungen anmahnte, kam von Bayer 04 Leverkusen keine Reaktion. Ungerührt lief die Mannschaft Wochenende für Wochenende weiter im Trikot des Skandalunternehmens auf, wie selbstverständlich lockte Sportdirektor Rudi Völler auf der Homepage weiter Kunden zu einen Stromanbieter, vor dem Verbraucherschützer
15 längst warnten.

20 „Bayer 04 hätte die Werbepolitik früher überdenken und auf die Verbraucherinteressen Rücksicht nehmen müssen“, sagte Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes, dem Handelsblatt. Er sieht aber auch Versäumnisse bei der Aufsicht. Die Insolvenzgefahr von Teldafax sei lange bekannt gewesen. „Es kann nicht sein, dass das Unternehmen trotzdem noch mit Dumpingtarifen um Kunden werben durfte, Vorkasse verlangen konnte und die Verbraucher jetzt um ihr Geld fürchten müssen.“

25 Deutschlands größter konzernunabhängiger Energieanbieter, der in der Spitze nach eigenen Angaben knapp 800 000 Kunden versorgte, meldete am Montag Insolvenz an. Die Kunden müssen nun damit rechnen, dass sie von ihrem örtlichen Versorger in die teurere Grundversorgung übernommen werden. Wer seine Rechnung – wie lange Zeit aggressiv beworben – per Vorkasse bezahlte, wird sein Geld wohl nie wiedersehen.
30

Doch obwohl dieses Szenario lang absehbar war, schaute der Verein, Staatsanwalt und Bundesnetzagentur tatenlos zu. Dabei stand das Unternehmen schon 2009 vor der Insolvenz. Das Management von Bayer 04 wusste damals von den Zahlungsschwierigkeiten, beklagte sich in Schreiben, die dem Handelsblatt vorliegen,
35 über ausbleibende Zahlungen und stimmte schließlich einer Ratenzahlung der Sponsoringsumme von jährlich über sechs Millionen Euro zu. Trotzdem sagt ein Sprecher jetzt, man habe Teldafax während der vierjährigen Zusammenarbeit als „zuverlässigen Partner“ kennengelernt.

40 Und so half Sportdirektor Rudi Völler noch im vergangenen Sommer, mit einer groß angelegten Kampagne Zehntausende Kunden einzuwerben. Was Völler als besonders günstiges Angebot pries, war eine reine Fassade. Interne Gutachten zeigen, dass die nicht kostendeckenden Tarife beworben wurden, um kurzfristig Liquidität zu beschaffen.

45 Im Herbst 2010 wurden die finanziellen Probleme dann öffentlich. Gegen das
Management wurde Strafanzeige wegen Insolvenzverschleppung gestellt. Banken
weigerten sich, für Teldafax Gelder per Lastschrift einzuziehen, nach und nach
untersagten Netzbetreiber Teldafax, Strom und Gas durchzuleiten. Das Unternehmen
50 verlor so mehr als 200 000 Kunden. Doch Bayer 04 löste erst vor zwei Wochen zum
30. Juni die Verbindung.

„Bayer 04 Leverkusen hat sich in den vergangenen Monaten immer wieder durch
Teldafax über den Stand der Herausforderungen informieren lassen“, sagte ein
Sprecher des Fußballvereins gestern.

55 Bayer 04 ist nicht der einzige Beteiligte, der stillhielt. Der Staatsanwaltschaft liegen
seit Herbst umfangreiche Unterlagen vor, die auf eine Insolvenzverschleppung
schließen lassen. Die Beamten vernahmen Zeugen, bestellten die wechselnden
Vorstandschefs ein. Von einer Durchsuchung ließen sie sich aber durch ständige
60 Vertröstungen des Managements, Investoren würden weitere Millionen nachschießen,
abhalten.

Auch die Netzbetreiber hielten sich lange zurück. Schon seit zwei Jahren wurden ihre
Rechnungen schleppend bezahlt. Doch vor allem Eon, RWE, EnBW und Vattenfall
65 unterließen es, einen Gläubigerantrag auf Insolvenz zu stellen. „Wenn wir dem
führenden neuen Wettbewerber den Dolchstoß verpassen, würden doch alle über uns
herfallen“, meinte Ende 2010 ein RWE-Vertreter. Erst als Anfang 2011 kleinere
Netzbetreiber Teldafax aussperrten und Regionalversorger folgten, trauten sich zuletzt
auch Schwergewichte wie Vattenfall und Eon aus der Deckung.

70 Lange hatte die Branche auf ein Einschreiten der Bundesnetzagentur gehofft. In
Schreiben, die dem Handelsblatt vorliegen, beklagten sich Firmen über Teldafax. Die
Bundesnetzagentur kann einem Anbieter „die Ausübung der Tätigkeit jederzeit ganz
oder teilweise untersagen, wenn die personelle, technische oder wirtschaftliche
75 Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit nicht gewährleistet ist“. Doch Präsident
Matthias Kurth ließ dieses Schwert stecken. Sein Argument: Dann wäre das Geld der
Kunden verloren, ein Insolvenzverfahren sei besser. Im März gab die Behörde den
Hinweis: „Offene Forderungen sind konsequent einzutreiben und durch eine
Zahlungsklage rechtshängig zu machen.“

80 So schoben sich alle Beteiligten die Verantwortung zu. Das Teldafax-Management
konnte in der Zwischenzeit weiteres Geld verbrennen. Diverse Sanierungsberater
schleppten in den vergangenen drei Monaten rund 1,5 Millionen Euro aus dem
Unternehmen. Und nicht nur die Kunden, auch die Wahrheit blieb bei Teldafax auf
85 der Strecke. Interimschef Hans-Gerd Höptner legte vor drei Wochen sein Amt nieder
und behauptete, seine Arbeit sei getan. Dabei hatte er laut Aufsichtsrat die Investoren
vor die Wahl gestellt, entweder sie schossen 100 Millionen Euro nach oder Teldafax
müsse Insolvenz anmelden. Die Investoren lehnten ab, Höptner ging.

90 *Quelle: Flauger, J./Twersen, S., Handelsblatt, Nr. 115, 16.06.2011, 21*

Netzausbau vor Naturschutz

Bund und Länder einigen sich drauf, den Umbau der Stromnetze für die Energiewende zu forcieren.

5

Auf dem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien haben sich Bund und Länder darauf verständigt, den nötigen Aus- und Umbau der Stromnetze zu forcieren. Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU), Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sowie die Chefs der Staatskanzleien der Bundesländer einigten sich bei einer Sitzung in Berlin darauf, dass künftig der Bund für den Ausbau der Netze mit überregionaler Bedeutung zuständig sein wird. Dagegen hatten sich die Länder bislang gewehrt. Die Neuregelung soll in ein sogenanntes „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“ einfließen. Der Kompromiss sieht vor, dass die konkreten Trassen, die der Bund plant, per Rechtsverordnung festgelegt werden. Dieser müssen die Länder zustimmen. Insgesamt geht es um zehn Prozent des prognostizierten Ausbaus von 3500 Kilometern. „Der Bund wird bei Projekten mit überregionaler Bedeutung mit Hilfe der Bundesnetzagentur die Möglichkeit haben, Projekte zu beschleunigen“, hieß es gestern aus Teilnehmerkreisen. Der Bund werde die Rechtsverordnung vorlegen und konkrete Projekte benennen.

20

Obendrein einigten sich Bund und Länder darauf, das Naturschutzrecht im Zweifel zu stutzen, um den Ausbau zu beschleunigen. Dafür waren auch die SPD-regierten Länder eingetreten. Da die Naturschutzbestimmungen Europarecht tangieren, wurde die Bundesregierung beauftragt, das Gespräch mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger zu suchen. „Der Bund wird es vortragen“, hieß es. Den Vorschlag hatte Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) bereits im Vorfeld eingebracht. Er hatte kritisiert, dass eine weitere Zuständigkeit des Bundes bei Planfeststellungsverfahren das Problem langer Genehmigungsverfahren nicht löse. „Wir erreichen eine Beschleunigung, wenn wir den Ausbau der Stromnetze rechtlich gegenüber anderen Belangen wie etwa dem Naturschutzrecht priorisieren“, sagte er dem Handelsblatt. Das Gesetz soll Ende Juni mit allen weiteren Gesetzen zur Energiewende in den Bundestag eingebracht und bereits am 8. Juli vom Bundesrat beschlossen werden. Teil der großen Energiewende ist zudem eine Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Es sieht eine erhöhte Förderung von Windparks auf dem Meer vor, die die wegfallende Atomenergie zum Teil ersetzen sollen. Um den dort produzierten Strom ins Landesinnere zu transportieren, sind neue Höchstspannungsleitungen nötig. Gegen die Großvorhaben formiert sich auf lokaler Ebene Widerstand.

40

Quelle: Delhaes, D., Handelsblatt, Nr. 116, 16.06.2011, 18